

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/112

18. Juni 1974

Mehr Rücksicht auf Behinderte

Umfangreicher Maßnahmenkatalog für über vier Millionen
Mithürger

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und
Städtebau

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Erfolgreicher Ausbau der inneren Sicherheit

Erstmals seit einem Jahrzehnt Rückgang der Straftaten

Von Heinz Pensky MdB
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Gegen ein Zerrbild der Partei

Zu Willy Brandts Gespräch mit den Vorsitzenden
der Ortsvereine

Seite 5 und 6 / 46 Zeilen

Stalpenbergs Union ist nervös

CDU Schleswig-Holsteins kämpft verbissen um ihre
Pfründe

Seite 7 / 47 Zeilen

Chelrodaktor: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 123 406
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 30
Telex: 08 86 848 - 1 : > ibn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Mehr Rücksicht auf Behinderte

Umfangreicher Maßnahmenkatalog für über vier Millionen Mitbürger

Von Karl Ravens MdB

Bundeminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

In der Bundesrepublik leben heute mehr als vier Millionen Behinderte. Diese Zahl steigt beständig. Sie macht deutlich, vor welchem großen gesellschaftlichen Problem wir alle stehen. Unsere behinderten Mitbürger sind in ganz besonderem Maße auf die Hilfe und Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen; dies umso mehr als es sich hier um eine Gruppe handelt, deren Interessen nicht durch eine lautstarke Lobby vertreten werden. Die Bundesregierung hat sich schon in den vergangenen Jahren bemüht, die Lebensumstände der Schwerbehinderten zu verbessern, Barrieren abzubauen und ihre volle Eingliederung in die Gesellschaft voranzutreiben. Ich erinnere an das "Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft", vom Mai dieses Jahres, mit dem ein entscheidender Schritt getan wurde, den Behinderten in Beruf und Gesellschaft bessere Chancen zu eröffnen.

Besonders aufgerufen zu tatkräftiger Hilfe ist vor allem auch das Bundesbauministerium. Auch hier ist in der Vergangenheit schon viel geschehen, ebenso viel bleibt aber noch zu tun. Dabei geht es zunächst um den hautnächsten Teil der gebauten Umwelt, um die Wohnung. In unserem Wohnungsbauprogramm nimmt heute der Wohnungsbau für Schwerbehinderte einen besonderen Rang ein. Durch behindertengerechte Bemessung und Ausstattung konnte die Qualität dieser Wohnungen erheblich verbessert werden. Grundlagen dafür bilden unter anderem das im Bauministerium erarbeitete Normblatt "Wohnungen für Rollstuhlbenutzer" und das gerade in diesen Tagen fertiggestellte Normblatt "Wohnungen für Blinde und wesentlich Sehbehinderte". Weitere Blätter dieser Reihe befinden sich in Vorbereitung.

Da die besonderen baulichen Maßnahmen, die der Wohnungsbau für Schwerbehinderte erfordert, nicht zu einer Erhöhung der Mieten oder Belastungen führen sollen, beteiligt sich das Bundesbauministerium an der Finanzierung der Mehrkosten mit einem Darlehen bis zu 10.000 DM je Wohnung. Voraussetzung ist, daß das zu fördernde Bauvorhaben im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau errichtet und das Bundesdarlehen nicht auf die nach den jeweiligen Landesbestimmungen zu gewährenden öffentlichen Mittel angerechnet

wird. Auch in Zukunft - dies kann ich versichern - werden wir den Wohnungsbau für Schwerbehinderte nach Kräften fördern. Aber allein mit einer bedarfsgerechten Wohnung ist es nicht getan. Darüber hinaus kommt es darauf an, durch den Abbau bzw. die Vermeidung architektonischer Barrieren auch im öffentlichen Bereich, auf Straßen und Plätzen sowie in Gebäuden der öffentlichen Verwaltung, den Belangen der Schwerbehinderten und alten Menschen Rechnung zu tragen und damit zu einer Humanisierung der Umwelt beizutragen.

Zur Gestaltung lebenswerter Städte und Gemeinden gehört es, daß man beispielsweise an Fernsprechstellen und Fußgängerbrücken für Rollstuhlbewerber ebenso denkt, wie an Behördengebäude, die Behinderten mehr Bewegungsfreiheit sichern. Bei öffentlich zugänglichen Gebäuden sollte möglichst der Haupteingang auch stufenlos erreichbar sein, auf öffentlichen Parkplätzen müßte man einen bestimmten Prozentsatz der Stellplätze für Schwerbehinderte reservieren, und auch der öffentliche Personenverkehr könnte für Behinderte besser als bisher zugänglich gemacht werden. Entsprechende detaillierte Vorschläge enthält ein Richtlinienkatalog, den mein Ministerium bereits im vergangenen Jahr fertiggestellt hat. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Realisierung solcher Forderungen mehr Umsicht bei der Planung und im Einzelfall auch einen höheren finanziellen Aufwand erfordert. Dem dürfen wir uns aber nicht entziehen, kommen doch diese Maßnahmen vielen behinderten und alten Menschen, Müttern mit Kindern und letztlich allen Benutzern öffentlicher Gebäude zugute. Soweit mein Ministerium direkten Einfluß nehmen kann, wird alles getan werden, um zu helfen.

An allen Stellen, die an der Gestaltung unserer baulichen Umwelt mitwirken, an die zuständigen Minister und Senatoren der Länder, an Architekten, Städteplaner und Verkehrsplaner möchte ich appellieren, dabei mitzuhelfen, den Belangen Schwerbehinderter künftig noch stärker Rechnung zu tragen.

(-/18.6.1974/bgy/pr)

+ + +

Erfolgreicher Ausbau der inneren Sicherheit

Erstmals seit einem Jahrzehnt Rückgang der Straftaten

Von Heinz Pensky MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Die polizeiliche Kriminalstatistik 1973, dieser Tage durch den Bundesminister des Innern der Öffentlichkeit vorgelegt, ist ein neuer und nicht mehr zu leugnender Beweis dafür, daß der Ausbau der "inneren Sicherheit" kontinuierlich voranschreitet. Seit mehr als einem Jahrzehnt schien die Tendenz steigender Kriminalität bei gleichzeitig sinkender Aufklärungsrate unaufhaltsam. 1973 ist es erstmals den gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern gelungen, diesen Trend zu stoppen und teilweise umzukehren. Die 1973 erfaßten Straftaten sind gegenüber 1972 um 0,5 vH. zurückgegangen. Dieses erfreuliche Faktum findet sein Gegenstück in einer ansteigenden Aufklärungsquote. Diese ist von 1972 46,5 vH. um 0,4 auf 46,9 vH. im Jahre 1973 gestiegen.

Während der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß noch im April in einer Pressekonferenz ein Schreckensgemälde von steigender Kriminalität, Terror und Radikalismus an die Wand malte, zeigt die nüchterne Kriminalstatistik 1973, daß die Zusammenarbeit von Bund und Ländern erfolgreich war. Die seit 1969 von der Bundesregierung betriebene Sicherheitspolitik hat zwar an der zwischen Bund und Ländern geteilten politischen Verantwortung für die innere Sicherheit festgehalten, andererseits aber eine langfristige Zusammenarbeit und Koordinierung der Arbeit aller Sicherheitsorgane zum Ziel gehabt. Die ersten Erfolge dieser Politik sind nun ablesbar und ein Beweis dafür, daß nur gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern zum Ziel führen. Niemand wird ernsthaft glauben können, daß vergleichbar positive Ergebnisse erreicht worden wären, wenn die CDU/CSU-regierten Länder auch im Bereich der "inneren Sicherheit" ihre sonst im Bundesrat praktizierte Politik des Nein-sagens und der Obstruktion ver-

folgt hätten.

Zu den erfreulichen Einzelergebnissen der Kriminalstatistik gehört, daß

- der Anteil von Jugendlichen an der Gesamtkriminalität leicht zurückgegangen ist. Es wird zu untersuchen sein, worauf diese Entwicklung zurückzuführen ist und wie sie gegebenenfalls verstärkt werden kann,
- zu den Straftaten, die eine sinkende Tendenz aufweisen, Mord und Totschlag (-3,5 vH.), versuchter Mord und Totschlag (-6,5 vH.), Körperverletzung mit tödlichem Ausgang (-14,9 vH.), Raub und räuberische Erpressung (-2,7 vH.), Diebstahl insgesamt (-1,6 vH.), Herstellung von Falschgeld (-16,2 vH.) gehören,
- bei der Ausübung von Straftaten Schußwaffen immer seltener verwendet werden. Während 1972 in 13.709 Fällen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde waren es 1973 "nur noch" 10.487 Fälle. Diese Zahlen dürften auch als Beweis dafür gelten, daß das neue Bundeswaffengesetz, das am 1. Januar 1973 in Kraft getreten ist, einen wirkungsvollen Beitrag zur Erhöhung der inneren Sicherheit darstellt.

Zu den negativen Einzelergebnissen gehört, daß

- die Zahl der Rauschgiftdelikte im vergangenen Jahr um 5,2 vH. gestiegen ist. Illegaler Handel und Schmuggel von Rauschmitteln haben sogar eine Steigerung gegenüber 1972 um 20,2 vH. erfahren. Hierbei sollte man jedoch nicht übersehen, daß diese Ziffern nicht zuletzt eine erhöhte Aufklärungsquote widerspiegeln. In den vergangenen Jahren war die Dunkelziffer außergewöhnlich hoch.
- die Zahl von Kindesmißhandlungen im vergangenen Jahr um 20,4 vH. gestiegen ist. Es wird zu prüfen sein, ob diese Zahl auf eine verstärkte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, d.h. auf mehr Anzeigen, zurückgeführt werden kann oder auf eine tatsächliche Zunahme dieses Deliktes,
- die Aufklärungsquote bei Diebstahlsdelikten unverändert gering geblieben ist (1973 31,1 vH., 1972 31,2 vH.).

Hierzu ist freilich anzumerken, daß die Diebstahlsquote in vielen Fällen eine Sorglosigkeitsquote der Bevölkerung ist. Die Bevölkerung sollte in verstärktem Maße darauf hingewiesen werden, daß die Beratungsstellen der Polizei über Diebstahlssicherung kostenlos Auskünfte erteilen.

(-/18.6.1974/ks/pr)

Gegen ein Zerrbild der Partei

Zu Willy Brandts Gespräch mit den Vorsitzenden der Ortsvereine

"Wir sind Waachlappen im Vergleich zu den Rechten beim Umgang mit den Rundfunk- und Fernsehanstalten." Diese harte Feststellung traf der SPD-Vorsitzende Willy Brandt auf der Ortsvereinsvorsitzenden-Versammlung der nordhessischen SPD in Borken, warnte aber gleichzeitig vor einer "journalistenfeindlichen Attitüde", vor der man auf der Hut sein müsse. Er stellte auch klar, daß falsche Eindrücke über das Erscheinungsbild der SPD in der Öffentlichkeit nicht nur durch eigene Schuld zustande gekommen sind.

Hier haben Pressenhäuser und Sendungen in Rundfunk- und Fernsehanstalten ihren Teil dazu beigetragen. Nicht nur Journalisten, sondern auch die Leser, Hörer und Seher haben mittlerweile erkannt, was alles zerredet, verzeichnet und verzerrt werden kann. Gezeter und Gejammer hierüber nützt allerdings nichts. Klarstellungen sind erforderlich. Nur hat es sicherlich keinen Sinn, Programm- oder Zeitungsmacher durch Verbalakte einzuschüchtern zu versuchen. Aber dort, wo die Berichterstattung unsachlich oder gar falsch ist, sollte dies auch in aller Deutlichkeit gesagt werden. Eine Millionenpartei wie die SPD ist kein Kleingärtnerverein, aber auch keine Mimose, die sich verschüchtert zurückzieht, wenn ihr "Unrecht" getan wird. Sie ist ein Bestandteil des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik und muß das Recht haben, richtig zu stellen, was richtig gestellt werden muß. Das wurde in der Vergangenheit vernachlässigt. Die SPD-Vertreter in den Gremien der Rundfunkanstalten sollten sich schleunigst zusammensetzen, um nach Wegen zu suchen, wie sie in

diesem Sinne arbeiten können.

Aber die öffentlichen Anstalten sind sicherlich nicht das einzige Problem beim Umgang der SPD mit den Massenmedien. Da gibt es die großen Zeitungskonzerne und die vielen kleinen Lokalzeitungen, die gehörig am Gesamtbild der Partei mitzeichnen. Hier muß sich die Partei in sämtlichen Gliederungen die Frage stellen lassen, ob sie die um Objektivität bemühten Journalisten nicht häufig allein läßt, anstelle mit ihnen das Gespräch zu suchen, um zu verdeutlichen, was sich in der Partei tatsächlich tut. Auch wird von SPD-Mitgliedern - und dies gilt besonders für den lokalen Bereich - viel zu wenig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Leserbriefe zu schreiben.

Ein weiteres Problem wurde in Borken deutlich. Auch SPD-Mitglieder sind nicht immun gegen die Infiltration von Scheinkonflikten, von Verzerrungen, die täglich aus verdrehten bis hin zu böswilligen Berichten und Kommentaren geliefert werden. Hier gilt es aufzupassen, kritische Distanz zu wahren und nicht alles Gedruckte als bare Münze hinzunehmen. Journalisten, die Gegner der SPD sind, haben ein Interesse daran, die Partei auseinanderzudividieren. Der Druck, der von außen - von den Meinungsmachern - kommt, darf nicht nach innen weitergegeben werden. In früheren Jahren war es die Stärke der Partei, geschlossen und solidarisch diesem Druck zu widerstehen. Heute scheint dies nicht mehr immer der Fall zu sein. Hierüber nachzudenken und Schlußfolgerungen für jedes einzelne SPD-Mitglied zu ziehen ist an der Zeit.

Gode Japs

(-/18.6.1974/ks/pr)

+ + +

Stoltenbergs Union ist nervös

CDU Schleswig-Holsteins kämpft verhasst um ihre Pfründe

Die Thesen des schleswig-holsteinischen CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden Dr. Uwe Barschel zur "Bildungspolitik vor der Landtagswahl" sind kein regionaler Skandal. Schleswig-holsteinisch ist dabei nur der Aspekt, daß in der Kontroverse die stets behauptete Geschlossenheit der CDU im nördlichsten Bundesland als Trugbild entlarvt wurde. Unterhalb der politischen Ebene des Alleinregenten Stoltenberg rangeln sich die kleineren Chargen um ihre politischen Hühnerhöfe. In der Bildungspolitik sind es in Schleswig-Holstein der CDU-Fraktionsvorsitzende im Bunde mit dem ehrgeizigen Philologenverbandevorsitzenden Dr. Wolfgang Hubrich gegen den Kultusminister Prof. Dr. Walter Braun. Ein Streit übrigens, der nicht neu ist und dessen Kaschierung vor der Öffentlichkeit zunehmend Schwierigkeiten macht.

Über das Land Schleswig-Holstein hinaus freilich muß aufhorchen lassen, mit welchen kaum bemängelten Mitteln und Methoden die CDU vorgeht, wenn ihre in jahrelanger Regierungszeit annektierten Parteipfründe in Gefahr geraten. Und es muß bemerkt werden, daß der CDU an Reformen - gerade hier im wichtigen Bereich der Bildungspolitik - nichts gelegen ist. Entscheidende Interessen von Eltern, Lehrern und Schülern sind ihr gleichgültig, wenn die nächste Wahl vor der Tür steht und es die Macht der Partei zu bewahren gilt. Parteibuch-Politik geht dabei vor Reform-Politik, wenn die CDU unter sich ist. In den Programmen für die Öffentlichkeit steht es natürlich anders

Landesvorsitzender dieser CDU ist der stellvertretende Bundesvorsitzende, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, der Konkurrent des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Kohl. Stoltenbergs Ehrgeiz zielt auf Bonn. Und er weiß, daß die kommende Landtagswahl dabei wichtig ist: Bleiben die Kräfteverhältnisse in Bayern und Hessen wie sie sind, ist Schleswig-Holstein im Frühjahr die nächste Gefahr für die Bundesratsmehrheit der Union. Die Härte und Rücksichtslosigkeit des parteipolitischen Einsatzes der CDU in Schleswig-Holstein entsprechen der Höhe des angestrebten Gewinns.

Eine gezielte politische Indiskretion erst mußte hier aufdecken, was der CDU selbst offenbar nicht ungewöhnlich, ja sogar konsequent erscheint. Die SPD-Opposition wird nunmehr alles versuchen, um die Parteibuch-Politik der schleswig-holsteinischen CDU zu entlarven, zu enttarnen und die wahren Ziele auch für die Öffentlichkeit erkennbar zu machen. Das ist sie ihren Wählern und ihren reformpolitischen Zielen im Bereich der Bildung schuldig. Eine Parlamentsdebatte im Herbst wird gewiß dazu beitragen. Die SPD wird dabei ermuntert werden durch die Tatsache, daß die CDU offenbar so geschlossen wie behauptet keineswegs ist und überdies schon ziemlich nervös: Wie anders ist zu erklären, daß der fraktionsvorsitzende Barschel bereits ein Jahr vor der Landtagswahl so unverblühten Wahlkampf betreibt.

Warner Soldt
(~/18.6.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller